

6TH UNI GLOBAL UNION
WORLD CONGRESS 2023

UNI
global
union

**RISING
TOGETHER**
PHILADELPHIA



ÄNDERUNG DER REGELN FÜR EINE GERECHTE UND INTEGRATIVE WELTWIRTSCHAFT

#UNIRisingTogether



ÄNDERUNG DER REGELN FÜR EINE GERECHTE UND INTEGRATIVE WELTWIRTSCHAFT

DIE AKTUELLEN REGELN FUNKTIONIEREN NICHT

Für zu viele Menschen funktioniert die Weltwirtschaft nicht. Milliarden leben noch immer in Armut und können nicht einmal ihre grundlegenden Bedürfnisse erfüllen, während das Vermögen der Superreichen weiterhin über unsere kühnsten Vorstellungen hinaus wächst. Neue Technologien haben zwar Fortschritte gebracht, aber die Vorteile wurden von denen ganz oben abgeschöpft. Der Klimawandel beschleunigt sich und vernichtet Leben und Existenzgrundlagen. Millionen Menschen wurde der Zugang zu Impfstoffen vorenthalten, während die reichen Länder mehr horteten, als sie benötigten, worin die Ungerechtigkeit der Handelsregeln zum Ausdruck kommt. Über 53 Prozent der Weltbevölkerung sind durch keinerlei Sozialschutzmaßnahmen abgesichert. Kurz gesagt, es ist dringend

notwendig, die Regeln zu ändern, um Menschen statt Profite an erste Stelle zu setzen und eine gerechte und integrative Weltwirtschaft für alle zu schaffen.

DIE REICHEN WERDEN IMMER REICHER

Egal aus welcher Perspektive man es betrachtet, die Daten sind eindeutig. Jahr für Jahr schneiden sich die Reichen ein größeres Stück vom Weltwirtschaftskuchen ab.

Laut Weltungleichheitsbericht verfügen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung derzeit über beeindruckende 52 Prozent des weltweiten Einkommens, während die ärmste Hälfte der Bevölkerung nur 8,5 Prozent davon verdient. Aus einem Anfang 2023 veröffentlichten Oxfam-Bericht geht hervor, dass das reichste 1 Prozent fast zwei Drittel des gesamten seit 2020 neu geschaffenen Vermögens auf sich vereint. So wird in dem Bericht festgestellt:

„Seit 2020 hat für jeden Dollar neuen globalen Vermögens, den jemand aus den untersten 90 Prozent der Bevölkerung erworben hat, einer der Milliardäre der Welt 1,7 Millionen Dollar eingestrichen.“

Die [IGB-Kampagne](#) für einen neuen Gesellschaftsvertrag hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Welt dreimal reicher ist als vor zwanzig Jahren. Dennoch verfügen 70 Prozent der Menschen über keinen universellen Sozialschutz, 84 Prozent erklären, dass der Mindestlohn nicht zum Leben reicht, und das Recht auf Tarifverhandlungen wird in 81 Prozent der Länder verletzt. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung muss noch immer mit weniger als 5,50 US-Dollar am Tag ums Überleben kämpfen.

Die Covid-19-Krise hat die Ungleichheiten verschärft. Reiche Länder pumpen große Geldsummen in ihre Volkswirtschaften, um ihre Bevölkerungen zu unterstützen, aber dadurch sind auch die Vermögenspreise und der Reichtum an der Spitze gestiegen. Mangels einer progressiven Besteuerung scheffelten die Superreichen ein noch nie dagewesenes Vermögen.

Während das Vermögen der Superreichen rapide wuchs, brachte die Pandemie die große Mehrheit der Menschen in Existenznöte. Den Zahlen des IGB zufolge wurden durch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie weltweit über 250 Millionen Arbeitsplätze vernichtet und das Ausmaß der Unterbeschäftigung hat sich in vielen Ländern verschlimmert. Von den wirtschaftlichen Folgen waren Frauen, junge Menschen und die am meisten benachteiligten Gesellschaftsgruppen überproportional betroffen.

Das Ungleichgewicht von Reichtum und Macht wurde auch durch seit Jahrzehnten anhaltende Angriffe auf Tarifverhandlungen verschärft. Diese Angriffe haben dazu geführt, dass die tarifvertragliche Abdeckung in vielen Teilen der Welt zurückgegangen ist. Allein in den OECD-Ländern ist die tarifvertragliche Deckungsrate von 37,4 Prozent im Jahr 2000 auf 32,1 Prozent im Jahr 2019 weiter gesunken, wobei ein unbestreitbarer Zusammenhang zwischen tarifvertraglicher Abdeckung und Ungleichheit besteht. Wie die Internationale Arbeitsorganisation im

Jahr 2022 berichtete, können Tarifverhandlungen Lohnungleichheit wirksam verringern, ob auf Unternehmens-, Branchen- oder Sektorebene.

Das derzeitige Niveau der Ungleichheit, das seit den 1980er Jahren fast überall zugenommen hat, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Regierungen haben der Liberalisierung und Deregulierung Vorrang eingeräumt vor Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheiten, wie progressiver Besteuerung, Regulierung, menschenwürdigen Mindestlöhnen und Gewerkschaften.

Tatsächlich ist Ungleichheit eine politische Entscheidung und keine Zwangsläufigkeit.

EINE LEBENSHALTUNGSKOSTENKRISE, DIE AUF DEN SCHULTERN DER BESCHÄFTIGTEN ABGELADEN WIRD

Zusätzlich zu den strukturellen Mängeln der Weltwirtschaft sind Beschäftigte auf der ganzen Welt nun mit den Folgen einer schweren Lebenshaltungskostenkrise

konfrontiert. Laut IGB-Statistiken zum Welttag für menschenwürdige Arbeit 2022 hat mehr als die Hälfte aller Haushalte weltweit Probleme, über die Runden zu kommen, und 10 Prozent können die Kosten für lebenswichtige Güter nicht aufbringen. Millionen von Menschen hungern, können nicht heizen, sind von Obdachlosigkeit bedroht oder müssen Medikamente rationieren. Weitere Millionen leiden unter der Belastung und Unsicherheit wirtschaftlicher Prekarität.

INCREASED RISK OF A GLOBAL DEBT CRISIS

Aus dem Ende 2022 erschienenen Bericht des Weltwirtschaftsforums geht hervor, dass es sich um eine wirklich globale Krise handelt. In Kenia war die Inflation auf einem Fünfjahreshoch, in Großbritannien erreichte sie den höchsten Stand seit 40 Jahren. In der Türkei stieg die jährliche Inflation auf ein 24-Jahreshoch von fast 80 Prozent, und in Australien kletterte sie auf den höchsten Wert seit über 20 Jahren. Jüngsten Daten zufolge schwächt sich die Inflation ab, dennoch haben nur sehr

wenige Beschäftigte ihre Reallohnverluste wieder aufgeholt.

Diese Lebenshaltungskostenkrise entwickelte sich aus der Covid-19-Pandemie und den Auswirkungen der Invasion Russlands in der Ukraine, wurde aber durch die Tatsache befeuert, dass viele Unternehmen Zufallsgewinne erzielen konnten.

Globale Finanzinstitutionen und Zentralbanken erwarten von den Beschäftigten, den Preis zu zahlen. Sie haben die Zinssätze kontinuierlich erhöht, um eine Konjunkturabschwächung und höhere Arbeitslosigkeit herbeizuführen und auf diese Weise den Arbeitsmarkt „abzukühlen“ und die Verhandlungsmacht der Beschäftigten zu schwächen.

ERHÖHTE GEFAHR EINER GLOBALEN SCHULDENKRISE

Inflation und steigende Zinssätze haben viele Länder in Richtung einer neuen Schuldenkrise getrieben. Laut dem [UNCTAD-Bericht zu Handel und Entwicklung 2022](#) befinden sich schätzungsweise 60

Prozent der einkommensschwachen Länder und 30 Prozent der Schwellenländer in oder kurz vor einer Situation der Überschuldung, was das Risiko einer globalen Schuldenkrise erhöht. Ganze Länder stehen vor dem Bankrott, wobei die ärmsten inzwischen viermal mehr für die Rückzahlung von Schulden an reiche Gläubiger ausgeben als für ihr Gesundheitswesen.

Laut einer Oxfam-Studie planen drei Viertel der Regierungen weltweit infolge der Schuldenkrisen in den nächsten fünf Jahren Einsparungen bei den Ausgaben des öffentlichen Sektors.. Das bedeutet Einschnitte in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sozialschutz., wodurch die am meisten benachteiligten Gruppen noch weiter gefährdet werden.

EIN UNTAUGLICHES WELTHANDELSSYSTEM

Die Covid-19-Pandemie warf ein Schlaglicht auf die Schwachstellen eines globalen Handelssystems, das darauf ausgerichtet ist, die Gewinne und die Macht der Unternehmen zu maximieren. In

beispielloser Geschwindigkeit wurden wirksame Impfstoffe entwickelt, aber durch den Impfstoffnationalismus der reichsten Länder und geistige Eigentumsrechte wurde Millionen von Menschen lebensrettender Schutz vorenthalten. Dessen ungeachtet weigerte sich die Welthandelsorganisation, die Regeln zu ändern.

Im Hinblick auf die Stärkung der Schutzregelungen für Beschäftigte in Handelsabkommen wurden zwar gewisse Fortschritte erzielt, z. B. im Nachfolgeabkommen des NAFTA zwischen den USA, Mexiko und Kanada, aber die Abkommen der letzten Jahre enthalten weiterhin schwache oder nicht durchsetzbare Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung, wie das Umfassende und Fortschrittliche Abkommen für die Transpazifische Partnerschaft (CPTPP) oder die Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft (RCEP).

Auch die zunehmende Dringlichkeit der Klimakrise hat den Handel in den Blickpunkt gerückt. Die Kontroversen um den Energiecharta-Vertrag veranlassten

mehrere Länder dazu, sich wegen möglicher Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (Investor-State Dispute Settlement), die gegen sie angestrengt werden könnten, wenn sie Maßnahmen zur Reduzierung oder Beendigung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ergreifen, zurückzuziehen.

GESCHLECHTERUNGLEICHHEIT BESTEHT WEITER

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) beträgt die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Erwerbsbeteiligung weltweit immer noch schätzungsweise 27 Prozent, und die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das weltweit nach wie vor bei etwa 20 Prozent liegt, kommt nur sehr schleppend voran. Frauen verloren während der Pandemie rund 800 Milliarden US-Dollar an Einkommen.

MANGELNDE FORTSCHRITTE BEI NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Wir dürften nur noch sieben Jahre von der Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung entfernt sein, die im Jahr 2015 mit großem Trara vorgestellt wurde. Aber bei allen nachhaltigen Entwicklungszielen sind die Fortschritte ins Stocken geraten, und es scheint extrem unwahrscheinlich, dass auch nur eines von ihnen bis zum Jahr 2030 erreicht sein wird. Aus dem jüngsten Fortschrittsbericht geht hervor, dass die Erwerbsarmut zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten zugenommen hat, obwohl das nachhaltige Entwicklungsziel 1 (SDG 1) verlangt, Armut in allen ihren Formen und überall zu beenden. Das nachhaltige Entwicklungsziel 5 lautet: „Gleichstellung der Geschlechter erreichen und alle Frauen und Mädchen stärken“, aber von 45 Prozent der weltweiten Arbeitsplatzverluste waren Frauen betroffen, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung nur 39 Prozent beträgt. Erstmals seit einer Generation hat die Ungleichheit zwischen den Ländern zugenommen, trotz der Verpflichtung in

Ziel 10, Ungleichheit in und zwischen Ländern zu verringern.

EINE KLIMAKRISE

Das derzeitige Weltwirtschaftsmodell steht durch die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform zur Bewältigung der existenziellen Krise des Klimawandels vor einer weiteren Herausforderung. Unser derzeitiger Weg führt nicht zur erforderlichen Verringerung der klimaschädlichen Emissionen, und ohne umgehende Maßnahmen werden wir den Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt, bald überschritten haben. Regierungen und Finanzkapital unterstützen weiterhin Entwicklungen im Bereich fossiler Brennstoffe, obwohl die Dekarbonisierung der Wirtschaft dringend geboten ist – ein klarer Fall von Marktversagen.

ZEIT FÜR EINEN WANDEL

Es ist an der Zeit, die Regeln zu ändern, damit die Wirtschaft für die Menschen und Gemeinwesen funktioniert. Eine gerechte

und integrative Weltwirtschaft war noch nie so dringend erforderlich wie jetzt, und die UNI und ihre Mitgliedsorganisationen müssen daran arbeiten, Alternativen zum derzeitigen gescheiterten System zu entwickeln und zu unterstützen.

LÖSUNGEN UND ÄNDERUNGEN

STÄRKUNG VON TARIFVERHANDLUNGEN

Um eine gerechte und nachhaltige Weltwirtschaft zu schaffen, ist ein grundlegender Strukturwandel erforderlich. Der vielleicht größte Schritt zur Erreichung dieses Ziels bleibt die Ausweitung des Geltungsbereichs von Tarifverträgen für Beschäftigte in der ganzen Welt. Der Aufbau kollektiver Macht und die Erzielung von Tarifverträgen stehen im Mittelpunkt der Arbeit der UNI und ihrer Mitgliedsorganisationen.

Es ist erwiesen, dass eine erhöhte tarifvertragliche Abdeckung Ungleichheit verringert und die Gleichstellung der Geschlechter verbessert. Selbst die OECD hat anerkannt, dass Tarifverhandlungen für bestimmte politische Ziele wichtig sind, die

den politischen Entscheidungsträgern und den Bürgern am wichtigsten sind:

Beschäftigung, Löhne, Ungleichheit und Produktivität.

Tarifverhandlungen sind in vielen Ländern jedoch weiterhin bedroht. Die tarifvertragliche Abdeckung geht insgesamt weiter zurück, und das Grundrecht auf Tarifverhandlungen wird weiterhin angegriffen. Der [ITUC Global Rights Index](#) (Globaler Rechteindex des IGB) für das Jahr 2022 zeigt, dass die Zahl der Länder, die dieses Recht verletzen, von 63 Prozent der Länder im Jahr 2014 auf 79 Prozent der Länder im Jahr 2022 gestiegen ist. Eine gerechte und integrative Weltwirtschaft kann nicht erreicht werden, wenn dieser Trend nicht umgekehrt wird. Die Achtung des Rechts auf Tarifverhandlungen ist unerlässlich für den Aufbau einer nachhaltigeren Zukunft für alle.

BESTEuerung DER REICHEN

Die Steuersätze für die Reichsten der Gesellschaft sinken seit Jahrzehnten. Das bedeutet, dass einige der reichsten Menschen der Welt, wie Jeff Bezos und Elon Musk, wesentlich niedrigere tatsächliche Steuersätze entrichten als die große Mehrheit der Arbeitnehmer*innen der Welt.

Es gibt eine wachsende Dynamik für grundlegende Veränderungen. Anlässlich des Weltwirtschaftsforums 2023 veröffentlichte Oxfam einen umfassenden Bericht, in dem eine deutliche Erhöhung der Steuern für die Reichsten als ein wichtiger Schritt gefordert wird, den Regierungen jetzt unternehmen könnten, um Ungleichheit abzubauen und Investitionen in eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft zu fördern. Der Bericht enthält neue Analysen, wonach eine jährliche Vermögenssteuer von bis zu 5 Prozent für die Multimillionäre und Milliardäre der Welt 1,7 Billionen US-Dollar pro Jahr einbringen könnte, genug um 2 Milliarden Menschen aus der Armut zu befreien. Angesichts der Lebenshaltungskrise propagieren die [UNI](#) und ihre Mitgliedsorganisationen dieselbe

Forderung nach einer notwendigen Umverteilung des Reichtums durch Besteuerung. Langsame aber begrüßenswerte Fortschritte sind auf globaler Ebene zu verzeichnen, wo bei der OECD erstmalig eine Einigung über Mindestsätze für die Unternehmensbesteuerung erzielt wurde. Aber mit nur 15 Prozent liegt dieser Satz weit unter den vielfach geforderten 25 Prozent, so dass sowohl im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung als auch auf die Forderung, dass die Reichsten deutlich mehr Steuern zahlen müssen, noch viel mehr getan werden muss.

EIN HANDEL, DER FÜR ALLE FUNKTIONIERT

Die UNI und ihre Mitgliedsorganisationen setzen sich nach wie vor für neue Regeln für den internationalen Handel ein. Der digitale Handel ist ein Bereich, der für UNI-Sektoren besonders wichtig ist, wo befürchtet wird, dass die derzeitige Struktur von Abkommen für den digitalen Handel die Möglichkeiten der Regierungen einschränkt, Rechtsvorschriften zu Themen wie der Besteuerung des elektronischen Handels,

der Datenlokalisierung und der Offenlegung von Algorithmen für die dringend erforderliche Kontrolle zu erlassen. Dieser Fokus auf den neuen Bereich von Abkommen für den digitalen Handel ergänzt die anhaltenden Forderungen nach der Aufnahme verbindlicher und einklagbarer Arbeitnehmerrechte, dem Ausschluss öffentlicher Dienstleistungen vom internationalen Handel, der Aufhebung von Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren und dem Schutz des Rechts zur Regulierung.

Der [Global-Unions-Rat](#) forderte Impfstoffgerechtigkeit im Zusammenhang mit Covid-19, und dieser Grundsatz bildet nun die Grundlage für den Beitrag der Gewerkschaften zum Prozess für ein mögliches Übereinkommen der Weltgesundheitsorganisation über Pandemieprävention, -vorsorge und -bewältigung.

EIN NACHHALTIGER UND VERANTWORTLICHER FINANZSEKTOR

Eine gerechte und integrative Wirtschaft erfordert auch einen nachhaltigeren und verantwortlicheren Finanzsektor, der nach wie vor ein Motor der Weltwirtschaft ist. Der Sektor sollte Arbeitnehmerrechte verteidigen und zum Wohle des Einzelnen und der Realwirtschaft agieren, indem er der Gesellschaft dient und nicht umgekehrt.

Eine wirksamere Regulierung zur Vermeidung von systembedingten Risiken und zur Gewährleistung, dass die Finanzbranche langfristige Unternehmensinvestitionen fördern kann, ist unbedingt erforderlich. Die jüngsten Fälle des Zusammenbruchs der Silicon Valley Bank und der Krise bei Credit Suisse zeigen, dass die Regierungen nichts aus der Bankkrise von 2008 gelernt haben und die Risiken für die breitere Gesellschaft und Wirtschaft nach wie vor erheblich sind.

Die Notwendigkeit, die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Finanzsektor im Zuge der massiven Umstrukturierung des Sektors zu schützen,

bleibt weiterhin wichtig. Allerdings wird auch ein verstärkter Fokus darauf gerichtet, Finanzinstitute für die Investitionen, die sie tätigen und unterstützen, zur Verantwortung zu ziehen. Beispiele hierfür sind der Druck auf Finanzinstitute in Bezug auf ihre Investitionen in Ländern mit erheblichen Menschenrechtsverstößen wie Myanmar, die Zusammenarbeit mit Investoren in Fragen der Arbeitnehmerrechte und die Stärkung des Mitspracherechts der Gewerkschaften im Rahmen der Schlüsselrolle, die der Finanzsektor bei der notwendigen grünen Transformation spielt.

KAMPF GEGEN MONOPOLMACHT

Die wirtschaftliche Dominanz von Megakonzernen und das Wachstum der Monopolmacht in der gesamten Wirtschaft bedrohen die Demokratie und bieten zu vielen Unternehmen einen wettbewerbswidrigen Vorteil. Ein Teil dieser Marktdominanz kam darin zum Ausdruck, dass es Unternehmen gelang, trotz der Inflation Gewinne zu erzielen.

Amazon ist ein typisches Beispiel für ein Unternehmen, das von seiner Größe und der Kontrolle von Technologien profitiert, was ihm übergroßen Einfluss und Macht verleiht. Es betreibt eine Vertriebsplattform, auf der es seine eigenen Produkte in „Konkurrenz“ zu anderen verkauft. Es kontrolliert auch den Werbealgorithmus, der auf den Daten basiert, die das Unternehmen von seinen Millionen von Kunden sammelt. Wie kann das fair gegenüber anderen Unternehmen sein, die ihre Produkte auf Amazon.com vertreiben?

Amazon nutzte aggressive Mechanismen zur Steuervermeidung, um seine ohnehin schon minimale Steuerlast zu senken, was das Unternehmen aber nicht daran hinderte, über 4,7 Milliarden US-Dollar an staatlichen Subventionen in Anspruch zu nehmen.

Die UNI und ihre Mitgliedsorganisationen arbeiten mit Wettbewerbsbehörden zusammen, um auf die Bedeutung der Auswirkungen auf die Beschäftigten im Rahmen von Wettbewerbsentscheidungen aufmerksam zu machen, oft im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

EIN NEUER GESELLSCHAFTSVERTRAG

All diese Elemente zusammengenommen bilden die Grundlage der gemeinsamen Forderung der globalen Gewerkschaftsbewegung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. Die Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag umfasst die wichtigsten politischen Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und integrativen Wirtschaft für alle, basierend auf den Schlüsselthemen Arbeitsplätze, Rechte, universeller Sozialschutz, Gleichheit und Inklusion.

Der Ruf nach einem neuen Gesellschaftsvertrag wird im Vorschlag des UN-Generalsekretärs zur massiven Ausweitung des Sozialschutzes aufgegriffen. Das ist nötig, um eine nachhaltige Erholung nach der Covid-19-Pandemie zu ermöglichen und Ungleichheit zu reduzieren. Mehr Ausgaben für den Sozialschutz können Millionen von Menschen aus der Armut befreien und sicherstellen, dass sie Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen haben. In Kombination mit Investitionen in die Bereiche Umwelt und Pflege ergibt sich den

Schätzungen der UN-Initiative Global Accelerator for Jobs and Social Protection zufolge ein Potenzial zur Schaffung von 400 Millionen neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2030.

SCHLUSSFOLGERUNG

Im Jahr 1944 stellte die IAO in der Erklärung von Philadelphia fest: *„Arbeit ist keine Ware, Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit sind wesentliche Voraussetzungen beständigen Fortschritts, und Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller“*. Diese Aussage gilt nach wie vor, wenn die UNI zu ihrem 6. Weltkongress zusammenkommt, der auch in Philadelphia stattfindet. Die UNI und ihre Mitgliedsorganisationen setzen sich weiter an die Spitze der Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, um sicherzustellen, dass die Reichen ihre Steuern zahlen, sich für Handelsregeln und einen verantwortungsvollen Finanzsektor einzusetzen, der zum Wohle aller agiert, und vor allem um den Geltungsbereich von Tarifverträgen zu stärken und auszuweiten.



8-10 Avenue Reverdil
1260 Nyon, Switzerland
+41 22 365 2100
contact@uniglobalunion.org
www.uniglobalunion.org

#UNIRisingTogether